

Forum Soziale Inklusion e.V.

	Frage	Antwort
1	<p>Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, diesen zweiten Teil der Trennungsfamilien durch fakultative Befragung nach Betreuungsanteilen auf Landesebene sichtbar zu machen?</p> <p>Wird Ihre Partei sich über das Anpassen des Melderechts (Kinder können zukünftig in zwei Haushalten angemeldet sein) sowie des Mikrozensusgesetzes (beide betreuende Eltern werden statistisch erfasst) für eine gleichberechtigte Wahrnehmung beider Trennungseltern einsetzen?</p>	<p>Gemäß dem sogenannten "Wechselmodell", das wir als gesetzliches Leitbild für die Betreuung minderjähriger Kinder nach einer elterlichen Trennung etablieren möchten, ist es möglich, dass Kinder zwei Lebensmittelpunkte haben. Die Politik sollte die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür schaffen. Es ist daher auch sinnvoll, diese Realität bei statistischen Erhebungen zu berücksichtigen, um eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für politische Entscheidungen zu schaffen. Das deutsche Melderecht sieht nur einen Hauptwohnsitz vor, was jedoch im Kontext unserer Familienrechtspolitik eine praktische Herausforderung darstellt. Besonders im Fall des Wechselmodells können Kinder zwei Hauptwohnsitze haben. Für uns Freie Demokraten ist es von großer Bedeutung, dass unsere Projekte in der Praxis effektiv umgesetzt werden können. Daher ist es notwendig, die Auswirkungen des Wechselmodells auf verschiedene rechtliche Bereiche, einschließlich des Melderechts, sorgfältig zu prüfen und anzupassen.</p>
2	<p>Wird Ihre Partei sich zukünftig für ein korrektes Benennen der Trennungsfamilien als „getrennt Erziehende“ einsetzen?</p> <p>Wird Ihre Partei sich auf Landesebene für die Schaffung von „Beratungsstellen für Getrennterziehende“ einsetzen?</p>	<p>Wir erkennen an, dass die Verwendung von "Alleinerziehende" für Elternteile, die sich in getrennten Haushalten um ihre Kinder kümmern, zu Missverständnissen führen kann und die Vielfalt der familiären Situationen nicht angemessen abbilden. Wir Freie Demokraten erachten es daher als sinnvoll, eine Diskussion anzustoßen, ob der präzisere Begriff der "Getrennt Erziehenden" die Vielfalt der familiären Situationen besser widerspiegeln und somit zu einer angemesseneren Darstellung beitragen können. Darüber hinaus halten wir fest, dass bereits auf Bundesebene des § 17 des Sozialgesetzbuchs Achstes Buch (SGB VIII) - Kinder- und Jugendhilfe gilt. Darin wird der Anspruch auf eine kostenlose Beratung bei Erziehungsberatung, Eheberatung und Familienberatung durch das Jugendamt oder freie Träger geregelt. Dieser Anspruch kann für Familien und Eltern in verschiedenen Lebenssituationen von großer Bedeutung sein, um Unterstützung und Beratung bei Fragen zur Erziehung und Familienleben zu erhalten. Es ist wichtig, dass Eltern und Familien Zugang zu diesen Dienstleistungen haben, um ihre Bedürfnisse und Herausforderungen anzugehen und eine gesunde familiäre Umgebung zu fördern. Unterstützt wird dies beispielsweise über die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V., welche durch das</p>

	Frage	Antwort
		Land Hessen finanziell gefördert wird. Eine Ergänzung auf Landesebene halten wir nicht für erforderlich.
3	Wird Ihre Partei sich für eine Regelung einsetzen, die die proportionale Aufteilung des Barunterhalts für Trennungskinder auf beide Haushalte im Verhältnis zu den jeweiligen Betreuungsleistungen umsetzt? Wird Ihre Partei dabei auf eine „lineare Aufteilung“ drängen (im Gegensatz zum diskriminierenden Ansatz „Stufenmodell“)?	Eine Änderung im Unterhaltsrecht wurde bereits im Koalitionsvertrag der Ampelregierung festgehalten. Wir Freie Demokraten erkennen diesbezüglich die Notwendigkeit zur faireren Aufteilung an. Der Anstoß zur Anpassung des Unterhaltsrecht mitbetreuender Elternteile wurde seitens des Bundesjustizministers und FDP-Abgeordneten Buschmann nun geleistet. Die Reform soll insbesondere Trennungsfamilien betreffen, in denen ein Elternteil zwar die Hauptbetreuung leistet, der andere Elternteil sich hingegen ebenfalls zu 30 bis 40 Prozent beteilige. Wir Freie Demokraten wollen dazu möglichst bald über die Bundesebene einen Gesetzesentwurf vorlegen, der die Betreuungsleistungen der Elternteile berücksichtige. Damit wollen wir sowohl das Engagement bei der Betreuung der Kinder unterstützen, als auch dafür Sorgen, dass kein Elternteil finanziell überfordert wird.
4	Wird Ihre Partei sich für ein konsequentes Aufteilen aller staatlichen Leistungen im Rahmen der „Kindergrundsicherung“ auf beide getrennt erziehende Haushalte im Verhältnis zu den jeweiligen Betreuungsleistungen einsetzen – und so konsequent die eiligen Bedarfe der Kinder wahren?	Unsere Zielsetzung ist es, die Grundlagen für eine Kindergrundsicherung zu schaffen, die die Bedürfnisse und Chancen der Kinder in den Mittelpunkt stellt. Die Einigung auf die Eckpunkte zur Ausgestaltung der Kindergrundsicherung auf Bundesebene ist ein bedeutender Schritt und zeigt, wie erfolgreich die Bemühungen sind, die Familienförderung zu modernisieren. Diese Vereinbarung dient dazu, Verwaltungsprozesse zu vereinfachen und zu digitalisieren, und erleichtert den Zugang zu Leistungen, auf die bereits ein Anspruch besteht. Die Kindergrundsicherung wird somit zielgerichtet und unbürokratisch bei denjenigen Kindern und Jugendlichen ankommen, die sie am dringendsten benötigen, insbesondere bei sozial benachteiligten Familien. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu verbessern und den Herausforderungen der Familienförderung gerecht zu werden. Dabei ist uns bewusst, dass weitere Anpassungen und Feinjustierungen notwendig sein können, um ein gerechtes und nachhaltiges System zu etablieren. Wir werden uns ähnlich wie Herr Buschmann beim Familienrecht, im parlamentarischen Verfahren zur Kindergrundsicherung für eine gerechtere Aufteilung und die bessere Berücksichtigung von Doppelbedarfen bei Trennungsfamilien einsetzen werden.
5	Wird Ihre Partei sich auf Landesebene für die Durchführung einer Kampagne einsetzen zur Aufklärung und	Es braucht gesetzliche Regelungen, die darauf ausgerichtet sind, die für unsere Kinder so wichtigen Bindungen zu Bezugspersonen zu

	Frage	Antwort
	<p>Prävention durch das hessische Sozialministerium?</p> <p>Wird Ihre Partei sich auf Bundesebene für eine verpflichtende „Schulbezirksregel“ als Präventionsmaßnahme einsetzen, wie in vielen westlichen Ländern üblich und bewährt?</p> <p>Dabei ist es Eltern jederzeit erlaubt, ihren Wohnort (mit Kind) innerhalb des Schulbezirks zu wechseln. Ziehen die Eltern jedoch nach außerhalb, so verlieren sie automatisch das Sorgerecht über ihre Kinder.</p>	<p>fördern und Streit zu vermeiden. Denn wir sind fest davon überzeugt, dass Kinder auch im Falle einer Trennung oder Scheidung weiterhin auf ihre Eltern angewiesen sind. Bestehende Regelungen haben jedoch leider regelmäßig zur Folge, dass Beziehungen leiden oder sogar abbrechen und Kinder in Loyalitätskonflikte stürzen. Es braucht daher die richtigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Aus diesem Grund setzen wir uns in erster Linie für ein kindeswohlzentriertes Familienrecht ein.</p>
6	<p>Wird Ihre Partei sich für die Einrichtung von Beratungsstellen und Schutzwohnungen auch für männliche Opfer von häuslicher Gewalt in Hessen einsetzen?</p>	<p>Ja, als wir Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass Opfer häuslicher Gewalt jeglichen Geschlechts angemessene Unterstützung erhalten. Dies schließt die Einrichtung von Beratungsstellen und Schutzwohnungen für männliche Opfer von häuslicher Gewalt in Hessen mit ein. Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass alle Opfer von Gewalt in Partnerschaften oder Familien die notwendige Hilfe und Unterstützung erhalten, unabhängig von ihrem Geschlecht.</p>
7	<p>Wird Ihre Partei sich zukünftig für eine konsequente Einbindung von Vertretungen aus der Mitte der Zivilgesellschaft in den politischen Prozess durch ausgewogene Einladung von Betroffenenverbänden einsetzen?</p>	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für eine inklusive Diskussionskultur ein, die alle Perspektiven berücksichtigt, unabhängig von äußeren Merkmalen. Wir streben nach einer ausgewogenen Einladungspraxis, um sicherzustellen, dass Betroffenenverbände und zivilgesellschaftliche Gruppen in den politischen Prozess eingebunden werden. Unser Ziel ist es, vielfältige Stimmen zu hören und eine vielfältige Politikgestaltung zu fördern.</p>
8	<p>Wird Ihre Partei zukünftig die grundgesetzliche Vorgabe „Gleichberechtigung“, verstanden als „Chancengleichheit“, weiter stärken?</p>	<p>Ja, als Freie Demokraten werden wir uns weiterhin für die Stärkung der grundgesetzlichen Vorgabe der "Gleichberechtigung" im Sinne von "Chancengleichheit. Grundsätzlich wollen wir Freie Demokraten gleiche Startbedingungen schaffen und Diskriminierung verhindern. Unsere Priorität liegt darauf, gleiche Möglichkeiten und Rechte für alle zu schaffen, unabhängig von Geschlecht oder anderen Merkmalen.</p>
9	<p>Wird Ihre Partei zukünftig die Zuwendungen im Rahmen einer fairen Geschlechterpolitik als paritätische Aufteilung an Verbände verstehen, die sich den Anliegen von Frauen- und Männern, Müttern und Vätern widmen und für ein gesellschaftliches Miteinander anstelle von Polarisierung stehen?</p>	<p>Unsere Vision ist eine inklusive Politik, die die Anliegen und Bedürfnisse aller Geschlechter gleichwertig berücksichtigt. Wir setzen uns für eine ausgewogene und faire Verteilung von Fördermitteln ein, die Verbände unterstützt, die authentisch und engagiert die Belange von Frauen und Männern, Müttern und Vätern vertreten. Dabei geht es uns um ein gesellschaftliches Miteinander, das auf Zusammenarbeit statt Polarisierung setzt. Unser Ziel ist es, eine vielfältige und integrative</p>

	Frage	Antwort
		Politik zu fördern, die sämtliche Geschlechterperspektiven gleichermaßen einbezieht und so zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft beiträgt.
10	<p>Wird Ihre Partei sich für eine zeitgemäße Neuregelung des Abstammungsrechts im Sinne von genetischer Abstammung einsetzen? Wird Ihre Partei dabei Mutterschaft und Vaterschaft über genetische Abstammung rechtlich gleichbehandeln? Wird Ihre Partei sich laufenden Bestrebungen von willkürlichen Zuordnungen von Elternschaft ohne genetischen Bezug (Ko-Mutterschaften usw.) entgegenstellen?</p>	<p>Angesichts der heutigen vielfältigen Familienmodelle und gesellschaftlichen Entwicklungen ist eine moderne Neuregelung des Abstammungsrechts dringend erforderlich. Das bestehende Abstammungsrecht aus dem späten 19. Jahrhundert, das auf veralteten Annahmen basiert, steht nicht im Einklang mit den medizinisch-genanalytischen Erkenntnissen und der Realität der heutigen Zeit. Wir Freie Demokraten setzen uns entschieden dafür ein, dass das Abstammungsrecht an die aktuellen Gegebenheiten angepasst wird. Dabei ist es uns ein Anliegen, dass die genetische Abstammung bei der rechtlichen Zuordnung von Elternschaft angemessen berücksichtigt wird. Wir unterstützen die Gleichbehandlung von Mutterschaft und Vaterschaft über genetische Abstammung, um eine transparente und gerechte Regelung sicherzustellen, die den Bedürfnissen der betroffenen Kinder und Eltern gerecht wird. Die von Bundesjustizministerin Barley vorgestellte Reform des Abstammungsrechts, die unter anderem die Anerkennung von "Mit-Müttern" bei lesbischen Ehen vorsieht, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben zur Modernisierung des Familienrechts aufmerksam begleiten. Dabei ist es uns wichtig, dass die Interessen und Rechte aller Beteiligten angemessen berücksichtigt werden und eine faire Balance gefunden wird. Gleichzeitig werden wir uns gegen willkürliche Zuordnungen von Elternschaft ohne genetischen Bezug, wie etwa bei Ko-Mutterschaften, einsetzen. Wir streben eine verlässliche und nachvollziehbare Regelung an, die den unterschiedlichen Familienkonstellationen gerecht wird und das Wohl der Kinder stets im Fokus hat.</p>
11	<p>Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass</p> <p>a) Familienrecht in gleichem Umfang in den Studiengang Recht aufgenommen wird wie andere Rechtsgebiete?</p> <p>b) die Familienrichterschaft zu regelmäßigen Fortbildungen in Kinder- und Eltern-Psychologie gerade für (hochstrittige) Trennungssituationen verpflichtet wird?</p>	<p>Unser Ziel ist es, eine kompetente und sensibilisierte Justiz zu gewährleisten, die den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht wird und dazu beiträgt, faire und nachhaltige Lösungen in Familienrechtsangelegenheiten zu finden. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine Reform ein, um sicherzustellen, dass das Familienrecht in gleichem Umfang wie andere Rechtsgebiete im Studiengang Recht aufgenommen wird. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass angehende Juristinnen und Juristen eine fundierte Ausbildung im Familienrecht erhalten, die nicht nur rechtliche, sondern auch soziologische und</p>

	Frage	Antwort
		<p>psychologische Aspekte abdeckt. Wir gehen davon aus, dass diese Maßnahmen dazu beitragen können, dass zukünftige Familienrichterinnen und -richter besser auf komplexe Trennungs- und Scheidungsprozesse vorbereitet sind. Dadurch könnten sie in der Lage sein, solche Fälle gerecht und sensibel zu behandeln, zum Wohl der betroffenen Familien und insbesondere der Kinder.</p> <p>Zusätzlich befürworten wir die verpflichtende Fortbildung der Familienrichter in den Bereichen Pädagogik und Psychologie. Diese Maßnahme ist Teil unseres umfassenden 10-Punkte-Plans zur Modernisierung des Familienrechts, den wir als Freie Demokraten verabschiedet haben. Diese Schulungen sind unerlässlich, um ein besseres Verständnis für die emotionalen und psychologischen Dynamiken solcher Fälle zu entwickeln. Sie ermöglichen es den Richterinnen und Richtern, fundierte Entscheidungen zu treffen, die im besten Interesse der Kinder und Familien liegen.</p>